

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postleitzahlkonto Dresden 2640

Geschäftstage mit Dienstbeginn der Post und Zeitung vormittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugsposten bei Geschäftseröffnung zweimalig 1 M., durch jeden Wochenergang in der Stadt zweimalig 1 M. auf dem Lande 2 M., durch die Post zweimalig vierfach 1 M. mit Zeitungsaufgabe. Alle Poststellen und Postkassen sowie andere Postagenturen und Geldschließfächer nehmen jederzeit Belehrungen entgegen. Im Falle dieser Gewalt, Krieg oder sonstiger Notstände hat der Ziegler keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abzug des Bezugspostens.



Zielpostenpreise 1 M. für die 4 geschlossene Postzeitung oder deren Raum, Räume, die 2 geschlossene Postzeitung 1 M. Bei Überarbeitung und Jahresantrag entsprechender Preisnachlass. Belohnungsabnahmen im einfachen Zoll (nur von Zielposten) bis 2 geschlossene Postzeitung 1 M. Nachweispflicht 50 M. Einzelmautabnahmen bis vormittags 10 Uhr. Für die Möglichkeit der durch Fernsprecher übermittelten Anzeigen ist keine Garantie. Jeder Nachschlagspreis erhält, wenn der Beitrag durch Flugschriften übertragen werden muss oder der Auftraggeber in Kontakt gebracht wird.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur Böhmke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Böhmke, beide in Wilsdruff.

Nr. 44

Dienstag den 21. Februar 1922.

81. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Donnerstag den 23. Februar 1922, abends 7 Uhr
öffentliche Sitzung der Stadtverordneten.

Die Tagesordnung hängt im Verwaltungsbau aus.
Wilsdruff, am 20. Februar 1922.

Der Stadtverordnetenvorsteher.

Kleine Anzeigen

haben im „Wilsdruffer Tageblatt“, das einen weitverzweigten, kaufkräftigen Leserkreis besitzt, große Wirkung,

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Deutschland hat eine vierte Rate von 35 Millionen Goldmark an die Reparationskommission gezahlt.

* Der Reichskanzler hat seine Bereitwilligkeit ausgesprochen, die Konferenzen für die Novitäten des Besiedlungsgesetzes so zu fördern, daß die neuen Bestimmungen am 1. April 1922 in Kraft treten können.

* Das Goldausgeld für die Höhe wird mit Wirkung vom 1. März bis auf weiteres auf 4000 festgesetzt.

* Poincaré erhält für eine harde Angriffsrede gegen Deutschland die Beantwortung einer Interpretation wegen der Vorfälle in Petersdorf das einstimmige Vertrauensvotum der französischen Kammer.

* Das englische Unterhaus genehmigte den Vertrag mit dem französischen Freistaat.

Gaußspiel.

Je näher der Termin für die internationale Wirtschaftskonferenz in Genf heranrückt, desto läppiger wird das Gerücht von Nachrichten, Gerüchten, Dementierungen und Gegenerklärungen über Verhandlungen, die in London oder Paris oder Berlin mit diesen oder jenen offiziellen oder nichtoffiziellen Vertretern der russischen Sowjetrepublik im Gange seien. Auch am Gerüchten über den mehr oder weniger endgültigen Abschluß von Verträgen ist kein Mangel, und wenn man dieses ganze Schlachtfeld überseht, so bleibt kaum eine andere Deutung übrig, als daß die Moskauer Strategen mit der diplomatischen Kunst, in der sie Meister sind, eine ungeborene Verwirrung über die Völker des Westens zu bringen beabsichtigt sind.

Wohl wird es so dargestellt, daß Poincaré mit seinen östlichen Vasallenstaaten Russland für ein geschlossenes Zusammengehen auf der Konferenz von Genf gewonnen habe oder doch zu gewinnen sucht, daß wieder soll der Anschein erweckt werden, als ob Deutschland keinen heftigen Wunsch hege, als Arm in Arm mit Lenin vor den Herren des Obersten Rates in Genf erscheinen zu können. Ein Staat wird gegen den andern ausgespielt, und das Maßnahmen, mit dem die Räder und Gelenken dabei anlaufen gehen, ist kaum zu überbieten. Heute wird mit Drohungen, morgen mit Lockungen gearbeitet, nach der selben Richtung hin gearbeitet, so daß tatsächlich kein Mensch sich mehr ausfindet. Der neueste Witz war, daß gegen die Anerkennung der russischen Vorwärtsschulden an Frankreich diesem die russischen Entschädigungsforderungen gegen Deutschland übertragen werden sollten, eine Reaktion, die wohl auf Unwissenheit zum mindesten vorübergehend einen gewissen Windfuß machen könnte und vielleicht dazu bestimmt war, gerade unter der ersten Einwirkung an gewissen Stellen bestimmte Enthüllungen zu zitieren, die dann bei späterer Erinnerung nicht mehr rückgängig zu machen wären. In Wirklichkeit schrekt Russland nichts weniger als der Gedanke an die Vorwärtsschulden, an die vielen Goldmiliarden, die es von seinem damaligen lieben Brudergenossen an der Seite zur Stärkung seiner Kriegsstrategien gegen Deutschland erhalten hat. Herr Radel macht sich neuerdings über den Gedanken lustig, was wohl für die Franzosen dabei herauskommen würde, wenn die Sovjetregierung ihnen einen Wechsel auf — sagen wir hundert Milliarden Goldmark — ausspielen wollte. Ein feines Papier, und nichts weiter. Ebenso klar aber sind sich die Moskauer Herren ohne Zweifel auch darüber, daß die Leistungsfähigkeit Deutschlands bereits durch die Verschärfungen mehr als erschöpft ist, und daß auch für sie nichts anderes als ein feines Papier dabei herauskomme, wenn Frankreich ihnen eine Anweisung auf deutsche Sachlieferungen im Werte von 800 Millionen Goldmark ausspielen sollte. Also nur ein Gaußspiel. Eins von der Sorte, mit denen sich die Sowjetleute gar zu gern unterhalten, um sich über die allzu sündhaften Lage im Innern ihres eigenen Landes so oder so hinweg zu amüsieren.

Aber natürlich, biß zu ihrem Vergnügen werden die Herren Raffarin und Radel und Stoneman also nicht durch Europa reisen. Die paar Tage, die sie zuletzt in der deutschen Reichshauptstadt zugebracht haben, sind dort, daß dort man wohl glauben, mit ernsthaften wirtschaftlichen Verhandlungen ausgefüllt worden. Es ist auch offenkundige Tatsache, daß führende Männer unseres Wirtschaftslebens sich sehr angelegen sind für die Wiederaufnahme oder die Wiederbelebung des Waren- und Handelsverkehrs mit Russland interessieren. Und wenn es nur nach den Angeboten ginge, die uns vorgezeigt von russischen Emigranten gemacht werden, dann könnten die

deutschen Unternehmer nichts Alägeres tun, als zugriffen. Aber sie werden im Laufe der Zeit hinzehend gesenkt haben, in allen Dingen, die Russland betreffen, zwischen Schein und Wirklichkeit zu unterscheiden. Die Sowjetbevölkerung lassen bei allen Verhandlungen, die sie zu führen haben, ihrer Phantasie den freiesten Spielraum. Und wenn man früher, unter Katharina II., von Potemkinschen Dörfern sprach, die dazu ausgerichtet wurden, um fremden Besuchern einen Wohlstand vorzutäuschen, der in Wirklichkeit nicht vorhanden war, so muß man jetzt von Potemkinschen Ländern sprechen, die eben nur in der Einbildung oder in den Phantasieberichten der russischen Unterhändler bestehen. Sie kennen in der Zusicherung von Koncessions ebenso wenig reale Grenzen wie in der Ausmalung von Exportmöglichkeiten, und bei allen Bemühungen, die Privatwirtschaft mit ihren bedeckten Interessen in Russland wieder zur Geltung zu bringen, vergessen sie nur zu sehr den jammerhaften Zustand des Landes in Rechnung zu stellen, den die kommunistische Wirtschaft im Gefolge gehabt hat.

Wie dieser ungeheure Schritt auf dem Wege geräumt sein kann, werden Jahre und Jahre vergehen, und es ist überhaupt auch jetzt noch immer sehr die Frage, ob und wie weit die Sowjetmänner einer vernünftigen Wirtschaftspolitik, wie sie unerlässlich ist, wenn internationale Beziehungen geblieben sollen, in ihrer Heimat Raum zu gewähren gewillt sind. Was kann eigentlich die Geduld der Unternehmer, die immer und immer wieder nun schon seit Jahr und Tag über den Wiederaufbau Russlands unterhandeln, bewahren, wie auch die Langmut der deutschen Regierung, die trotz reichlicher Enttäuschungen immer noch an der Hoffnung festhält, mit den russischen Großhändlern etwas Vernünftiges zu bringen. Und wenn nun gar die Konferenz von Genf verschoben oder versetzt werden sollte, dann wäre ein Ende für dieses anmutige Spiel überhaupt nicht mehr abzusehen. Wenn damit freilich letzten Endes ernstlich gedient sein soll, ist für nicht-sowjetisch konstruierte Gehirne schwer zu erkennen.

Poincaré ruft nach Sanktionen.

Die Petersdorfer Schieberei vor der Pariser Kammer

Die Zwischenfälle in Oberschlesien, bei denen es vor einigen Wochen angeblich durch die (inzwischen als unzutreffend nachgewiesene) Schule deutscher Organisationen zu einer Schieberei kam, waren für die französische Kammer und ihren augenblicklichen favoriten, Herrn Poincaré, eine geradezu unerhörliche Gelegenheit, um wieder einmal nach neuen Druckmitteln gegen das verächtliche Deutsche Reich zu schreien. Der Abgeordnete, der die Regierung über diese Vorgänge interpellierte, hatte bedauerlich selbstverständlich, daß die französische Regierung nicht rascher vorgegangen sei. Durch die Tatsache, daß

die neuen Sanktionen

nicht dem „Attentat“ auf dem Fuße folgten, habe sich die öffentliche Meinung enttäuscht gefühlt. Deutschland habe weder moralisch noch materiell abgerüstet. Die Opfer des Attentats von Petersdorf seien die Opfer des deutschen Militarismus (1) und auch als Opfer der Schwäche der vorangegangenen französischen Regierung gefallen. — Das war eine schöne Einleitung für Herrn Poincaré, der in seiner Antwort den Ton noch etwas höher schraubte. Er erklärte, das, was in Petersdorf vorgefallen sei, sei nur eine der Episoden der zahlreichen Attentate, die gegen die französischen Truppen in Oberschlesien gerichtet seien. Die Öffentlichkeit hätte aufgelöst und ihre Waffen an die Internationale Kommission abgeliefert werden müssen. Aber deutsche Banden, die hemmlos aus Deutschland gekommen seien, hätten sich allmählich von neuem gebildet. Wenn — ja, wenn! — bewiesen werde, daß der Angriff in Petersdorf unter Mitwirkung von Elementen, die aus Deutschland gekommen seien oder sogar mit Waffen, die aus Deutschland gekommen seien, geschehen sei, dann stehe

die Verantwortlichkeit der deutschen Regierung

fest. Entschädigungen und Sanktionen würden von der französischen Regierung gefordert werden. Die französische Regierung habe beschlossen, energisch und streng Maßnahmen zu verlangen. Die deutsche Regierung habe eine Untersuchung versprochen, deren Ergebnis, wie zu erwarten war, negativ ausgefallen sei. (Bekanntlich hat Staatssekretär a. D. Dr. Peters die Haftlosigkeit dieser Anschuldigungen festgestellt. D. R.) Aber die Internationale Kommission seye ihre eigenen Untersuchungen fort. Er habe den Eindruck, daß der Angriff in Petersdorf von Elementen einer mächtigen deutschen Organisation geleitet

worden sei, die aber nur fortwährend können unter der Führung von deutschen Beamten und Industriellen. Zum Schluß erklärte Poincaré, die Verhandlungen zwischen

Polen und Deutschland

seien so weit fortgeschritten, daß in aller Kürze die Internationale Kommission den deutschen und polnischen Behörden mitteilen werde, daß sie Vieh von den Gebieten ergriffen können, die ihnen zugewiesen worden seien. Sowohl die politische wie die deutsche Regierung müßten die Rechte der andern Seite achten. Gerade deshalb habe die Regierungskommission in Oberschlesien beschlossen, alle verdeckten Waffen zu erfassen. — Es kann nicht verwunderlich erscheinen, daß Poincaré nach dieser Schärsmacherrede von der Kammer ein Vertrauensvotum mit den Stimmen aller 506 anwesenden Abgeordneten erhielt.

Das deutsche Budget in französischen Augen.

Wie man sich in der französischen Kammer die deutschen Haftungsmdlichkeiten vorstellt, ging aus den Äußerungen jener Abgeordneten hervor, die u. a. erklärten: Die deutschen Fabriken arbeiten, die deutsche Handelsmarine sei fast so bedeutend wie vor dem Kriege, (1) der Verlust in den Häfen, namentlich in Hamburg, wache täglich. Die Abwandschleife aber, die geplant sei, werde ein ungünstiges Ergebnis haben. Die Steuerreform sei ungünstig, die Inflation nehme zu. Wenn Deutschland die gleichen Anstrengungen gemacht hätte wie Frankreich, so wäre die Reparationsfrage längst gelöst. Man könnte schon aus dem jetzigen deutschen Budget fünfzehn Milliarden Franken verfügbare machen, wenn man nur wolle.

Vielleicht erklärt sich dieser Optimismus einmal beim deutschen Finanzminister, ob man immer kann, wenn man nur will.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Weitere Zahlung von 31 Millionen Goldmark.

Nach Mitteilung der Reparationskommission hat Deutschland gemäß der in Cannes getroffenen Entscheidung in fremden Devizes an die vom Garantenausschuß bezeichneten Banken eine vierte Reparationszahlung von einsunddreißig Millionen Goldmark geleistet.

Winnig's Beteiligung am Rapp-Butsch.

Gegen den früheren Oberpräsidenten von Ostpreußen, Winnig, der sich politisch zur Sozialdemokratie bekannte, war wegen seiner fremdländischen Haltung zum Rapp-Butsch ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Eine Anfrage bemängelte, daß ein Strafverfahren eingeleitet und daß das Disziplinarverfahren noch immer nicht zum Abschluß gekommen sei. Winnig bezieht noch zwei Drittel seines Gehalts weiter. Der Minister des Innern hat hierauf erwidert, daß gegen Winnig wegen Beteiligung an dem sogenannten Rapp-Butsch sowohl ein Strafverfahren als auch ein Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Entfernung aus dem Amt eingeleitet worden sei. Der Oberrechtsanwalt hat das Strafverfahren auf Grund der Amnestie eingestellt. Deshalb ist auch das Disziplinarverfahren eingestellt und Winnig mit einer Ordentliche Strafe belegt worden. Die Bezüge Winnigs, der inzwischen in den einspielerigen Südbund vertreten ist, regeln sich nach den gesetzlichen Bestimmungen. Es besteht keine Möglichkeit, hierauf in dem vorliegenden Falle abzuweichen.

Deutschlands Schiffbauverpflichtung für die Entente.

In Erwideration einer Anfrage erklärte im englischen Unterhause der Regierungsvorsteher, Deutschland sei durch den Versailler Vertrag verpflichtet, während fünf Jahren für Bezahlung der alliierten und assoziierten Regierungen HandelsSchiffe im Gesamtumfang von 200 000 Tonnen jährlich zu bauen. Großbritannien habe seinerseits formal auf jeden Anspruch auf irgend einen Anteil aus dieser Tonnage verzichtet.

24 712 Eisenbahnsahrzeuge abgeliefert.

Noch neuere Mitteilungen wurden bis zum 31. Januar 1922 einschließlich insgesamt gemäß Artikel 238 des Friedensvertrages zurückgegeben: 1. an Belgien 15 138 Staatsbahnhwagen, 351 Privatwagen, 2. an Frankreich 6333 Staatsbahnhwagen, 959 Privatwagen, 3. an Rumänien 1565, 4. an Serbien 277, 5. an Italien 69, das sind zusammen 24 712 Fahrzeuge.

Wirtschaftsbüchsen für Beute.

Die zuständigen Stellen weisen darauf hin, daß die Bewertung der Wirtschaftsbüchsen in Abhängigkeit an die den Kreisern gewährten Übersteuerungszuschlässe derart geregelt ist, daß für je 10 Pfennige Übersteuerungszuschuß

eine jährliche Wirtschaftshilfe von 250 Mark gegeben werden soll. Beispielsweise würde somit die Wirtschaftshilfe in einem Ort, an dem die Arbeiter einen Überlebenszuschuss von einer Mark pro Stunde erhalten, auf 10 mal 250 Mark, also 2500 Mark bemessen werden.

Italien.

• Bonomi abermals gestürzt. Bei der Abstimmung in der italienischen Kammer ist das Kabinett Bonomi, wie nach der Debatte zu erwarten war, in der Minderheit gescheitert. Für das Vertrauensvotum stimmten nur 107 Abgeordnete, gegen das Kabinett kamen 295. Bonomi hat darauf dem König abermals die Demission des Kabinetts überreicht. Falls Kammerpräsident Denicola eine Versammlung zur Kabinettbildung abermals ablehnen sollte, wäre jedoch ein neues Kabinett Bonomi, allerdings ohne den Außenminister della Torretta nicht ausgeschlossen.

Türkei.

• Ein interessanter internationaler Zwischenfall ereignete sich in Konstantinopel bei der Gedächtnisfeier für den verstorbenen Papst Benedikt XV. Der englische und italienische Oberkommissar von Konstantinopel weigerten sich, an dieser Trauerfeier teilzunehmen, um nicht das Vortrittsrecht des französischen Oberkommissars anzuerkennen zu müssen. Zwischen den beteiligten Regierungen findet gegenwärtig ein Meinungs austausch über den Vorfall statt.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Die neuen deutschen Konsulatshöfen in den Vereinigten Staaten von Amerika, die Generalkonsulate Newark, Chicago, San Francisco und die Konsulate St. Louis und New Orleans sind im Laufe des Monats Januar eröffnet worden.

Genf. Die deutschen Gewerkschaftsführer Grahmann, zweiter Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, und Kaiser sind in Genf zur Teilnahme an den Verhandlungen über die Arbeitgeber- und Arbeiterverbände in Österreich eingetroffen.

Paris. Die Internationalen Kabellkonferenz von Washington wird nächste Woche zusammengetreten. Diese Konferenz besaß sich damit, die Deutschland geraubten Kabel unter den Ententestaaten aufzuteilen.

Deutscher Reichstag.

(77. Sitzung.)

CB. Berlin. 18. Februar.

In der heutigen Sitzung wurden zuerst kleinere Vorlagen erledigt. Ein Gesetzentwurf über vorübergehende Rechtsverlängerungen im Verkehr mit Deutsch-Osterreich wurde begründet. Ein Gesetzentwurf über das Saatgesetz wurde in allen drei Lesungen angenommen, ebenso ein Gesetz über die weitere Zulassung von Hilfsmitgliedern im Reichspatentamt. Herner wurde eine Gesetzentwurf über die Ablieferung von Auslandsdevisen unter Anführung des Londoner Zahlungskontos dem Reparationsausschuss überreicht. Die Abstimmungen über die einzelnen Paragraphen des Gesetzes über Erziehung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbauwesens sollen in einer späteren Sitzung vorgenommen werden.

Pahverkehr mit Österreich.

Die Interpellation der Demokraten über Pahverkehrungen im Verkehr mit Deutsch-Osterreich wurde begründet vom Abg. Helle (Dem.). Der Pahzwang im Verkehr mit Österreich würde nur als Schikanen empfunden. Durch den Schwerpunkt würde die Kapitalverschiebung nicht verhindert. Dabei trifft die Schikane doch nur die ehrlichen Kaufleute, das lösliche Schlechterwollt schmückt sich nicht um Pah und Pahzwang.

Reichsminister des Innern Dr. Röster beantwortete die Interpellation und führte dabei aus, der Pahzwang wird vom Finanzministerium als bestes und wirksamstes Mittel zur Bekämpfung der Kapital- und Steuerflucht angesehen. Durch den Zwang, sich diese Bescheinigung der Unbedenklichkeit vom zuständigen Finanzamt zu holen, ist es vielfach gelungen, Kaufleute zu entziehen, die sich bisher ihren steuerlichen Pflichten überhaupt entzogen hatten. Wenn es zunächst noch notwendig ist, aus finanziellen Rücksichten das Pahzwang überhaupt aufrecht zu erhalten, so kann man dann nicht ein einziges Nachbarland ausnehmen, denn der ganze Strom des abwandern- den Kapitals würde sich alsdann durch dieses eine Land be-

wegen. Die Reichsregierung ist daher vorläufig nicht in der Lage, die geforderte radikale Aufhebung des Pahzwangs für die nächste Zeit in Aussicht zu stellen.

Die Meinung der Parteien.

Bei der sich anschließenden Besprechung der Interpellation betonte der Abg. Simon-Schwaben (Soz.), daß mögliche Erleichterung des Grenzverkehrs notwendig sei. Schikanen müssten verschwinden.

Abg. Dr. Schreiber (Bentr.) sprach seine Genehmigung darüber aus, daß Erleichterungen im Grenzverkehr einzutreten sollen. Vorsicht sei aber geboten, damit nicht über Österreich Angehörige der Balkanländer in Massen zu uns kommen.

Abg. Rörner (Deutsch.) bemerkte, daß besonders für den Sommer- und Touristenvorkehr möglichst Erleichterungen notwendig seien. Man kann den Pahzwang zwar nicht völlig beseitigen, aber die Erleichterung müsse bis zur äußeren Grenze gehen.

Abg. v. Remnitz (D. Volksp.) verlangte, daß die Belegungen zu Deutsch-Osterreich müssten aus innigen Gründen gehoben werden. Nicht der Pahzwang erregt so sehr Unwillen, sondern seine Handhabung. Die Zugverbindung Berlin-Wien muß verbessert und beschleunigt werden. Die Verkehrsbeschwerung hindert den Aufschwungbedarf.

Abg. Dr. Breitscheid (U.-Soz.) verlangte, daß die Pahschwierigkeiten im Verkehr mit Österreich sofern wie möglich beseitigt oder erheblich gemildert werden müssten.

Abg. Schwarzer (Bader. Volksp.) betonte u. a., was wir an Schikanen erleben, wenn wir beruflich oder zum Vergnügen oder zur Erholung über die Grenze gehen müssen, ist geradezu aufrüttend. Das Pahzwang wird wegen der hohen Geldabnahmen aufrecht erhalten, der Kontrollapparat an der Grenze kostet aber mindestens das Zehnfache von dem, was an Kapitalverschiebungen mit Beschlag belegt wird.

Abg. Römer (Komm.) wandte sich ebenfalls gegen die Pahschwierigkeiten und bemerkte, wegen 4 bis 5 Prozent der Bevölkerung, die überhaupt Gelder vertrieben können, würden diese Grenzschwierigkeiten aufrecht erhalten.

Reichsminister des Innern Dr. Röster erklärte, daß der Wohnungsnutzen und der Arbeitslosigkeit wegen ein ungehemmter Zustrom aus Österreich nicht zugelassen werden könne.

Damit schloß die Besprechung der Interpellation und die Sitzung.

Betriebsräte zur Not der Presse.

Das bedrohte Zeitungsgewerbe.

Die Betriebsräte der Tageszeitungen in Frankfurt am Main ersuchen die Reichsregierung in einer Enthaltung, der Lage im Zeitungsgewerbe erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Im besonderen haben die hohen Papierpreise bereits zum Untergang von Tageszeitungen geführt und gefährden auch weiter aus höchste den Bestand vieler, selbst bedeutender Tageszeitungen. Geeignete Maßnahmen, die bestehende Notlage zu bessern, seien die Frankfurter Betriebsräte in folgendem:

1. Sperrung der Ausfuhr von Zellstoff und maschinenglattem Druckpapier soweit wie nötig, um den Auslandshandel sicherzustellen. Erhöhung der Ausfuhrgewinne der noch notwendigen Ausfuhr zur Senkung der Preise im Inland.

2. Freigabe der erforderlichen Menge Papierholz zu mäßigen Preisen durch staatliche Forstverwaltungen.

3. Kontrolle der Herstellung und des Verlaufs der aus dem freigegebenen Holz erzeugten Papiere.

4. Verziehung des malmittelglatten Druckpapiers in die Taxisklasse B des Gütertarifs, bevorzugte Wagengestellung und Beförderung.

5. Verzicht auf jede Sondersteuer, insbesondere die Anzeigensteuer.

6. Unterlassung weiterer Belastungen durch behördliche und rechtsgerichtliche Maßnahmen, insbesondere der Erhöhung der Postzettelgebühren.

Wieder erhöhte Preise für Druckpapier.

Die Verhandlungen über den Druckpapierpreis für Monat Februar sind einer Mitteilung des Reichswirtschaftsministeriums zufolge abgeschlossen. Im Einvernehmen mit der Zellstoff- und Druckpapierindustrie ist die schwere abermalige Preissteigerung auf 30 Pfennig für das Diagramm bemessen worden.

dann segte ich ihr nach in großen Sprüngen. Mir fiel ein, daß die Straße links gegen den Strom zu sein Geänder hat. Man läuft da direkt in die Donau hinein —“

Er atmete schwer. Und wieder schwieg er, und das Schweigen lag wie ein schwerer Lip über allen. Ullmingen hielt es endlich nicht mehr aus.

„Run — und?“ fragte er zitternd. „Ich bitte dich, sprich! Ich — ertrage es nicht mehr lange.“

Doctor Hans Aufenbach strich sich mit der Hand über die hohe Stirn, auf welcher trotz der Kälte große Schweißtröpfchen perlten.

„Da ist kaum mehr viel zu erzählen“, sagte er tonlos. Ich legte dem Mädchen nach, und sie verdoppelte ihre Eile, da sie mich hörte. Ich schrie ihr zu, der Strom sei nah. Man vernahm schon sein dumpfes Brausen.

Aber sie ließen mich nicht zu hören oder hören zu wollen. Sie lief vorwärts wie ein gebeutes Wild. Der Rebel verschlang die zarte Gestalt vollständig, dann hörte ich noch etwas: einen wilden durchbaren Schrei, welcher hin und her durch die trostlose Dede ringsum — und nun ein Gurgeln, ein Aufrauschen der Wogen —“

„Sie ist — sie ist hineingesprungen?“ schrie Rüthe entsetzt auf.

„Gesehen habe ich es nicht; aber — es kann wohl kaum anders sein; denn es blieb alles stumm und leer. Ich lief nach der nächsten Rettungsstation, aber der Rebel lag so dicht über der Gegend und dem Wasser, daß man kaum eine Hand vor den Augen sah.“

Als ich mit dem Bootsführer ungefähr bei der Stelle war, wo ich glaubte, daß das Mädchen in den Strom gelaufen ist, da lag das Wasser so ruhig und glatt da, wie nur sie. Kein laut war mehr hörbar. Wenn da ein leichter Kampf gekämpft worden ist, dann war er längst vorüber.“

Erich Günther stöhnte laut auf.

„Hilda, liebe, kleine Hilda!“

Blitzschnell zogen sonnige Jugendtage an ihm vorüber. Er sah im Parke von Freydeck Hildas reizende Gestalt dahinschlüpfen, er sah ihr goldenes Haar aufschimmen zwischen dunklem Gebüsch und hörte ihr helles Lachen, das durch die Stille klang. Und dann vernahm er hell und laut den Schrei, der hin und her durch die wintererstarrten Donau-Auen, und sah aus falten, dunklen Wogen noch einmal ein süßes Wäldchenantlitz auftauchen.

„Hilda! Hilda!“ Er schrie den Namen fast heraus. Er schrie ihn dem alten Manne ins Gesicht, welcher wie gelähmt von einem ungeheuren Entzücken dalag; er rief ihn der Frau mit dem starken Gesicht entgegen wie eine suchtbare, unbarmherzige Auflage. Aus jeder Silbe klang die feste Liebeszeugung:

„Ihr seid schuld daran, wenn sie dieses Leben weggenommen hat! Ihr — Ihr!“

Rüthe weinte laut auf.

„Sei barmherzig, Erich! Sei barmherzig!“

Die Disziplinierung der Eisenbahner.

Gewerkschaftsvertreter beim Kanzler.

Der Vorstand der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner ist der Meinung, daß die Maßnahmen der Regierung in der Disziplinarfrage im Widerspruch stehen zu den Versprechen, die der Reichskanzler gegeben hat und die mit zu dem sofortigen Abbruch des Streiks beigetragen haben. Eine zur Klärung des Sachlage einstimmige Abordnung wurde vom Reichskanzler empfangen und erhielt Zusicherungen, die der erweiterte Vorstand der Reichsgewerkschaft für ausreichend erachtete.

Der Reichskanzler erklärte u. a., daß er der Einhaltung der Richtlinien keine Aufmerksamkeit zuwenden werde. Jeden einzelnen Fall persönlich nachzurüsten, sei weder technisch möglich, noch seines Amtes. Er sei aber bereit, wenn ihm von der Organisation bestimmte Fälle mit dem nötigen Material vorgelegt würden, diese zu prüfen und sich mit dem Reichsverkehrsminister in Verbindung zu setzen. Über den Begriff der „Urherrschaft“ würde innerhalb des Kabinetts beraten werden.

Die Zahl der Streikenden wird auf etwa 130 000 bis 150 000 Eisenbahnbeamte geschätzt. Von diesen sind gegen unfindbare Beamte ungefähr 500 bis 600 Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Man kann einer vorläufigen Schätzung nach ungefähr damit rechnen, daß etwa 200 Beamte auf Grund des Ergebnisses tatsächlich bestraft werden. Nach weiteren Schätzungen dürften etwa 10 000 bis 15 000 Entlassungen gegen findbare Beamte ausgesprochen worden sein, die jedoch wieder in ihre früheren Dienststellen eingestellt werden sollen, sofern sie nicht Streitbürger oder Saboteure sind. Auch hier dürfte also der Kreis der „Gemaßregelten“ sehr klein sein.

Welt- und Volkswirtschaft.

Was kosten fremde Werte?

Die nachstehende Tabelle besagt, wieviel Mark für 100 Gulden, 100 dänische, schwedische, norwegische, österreichische, ungarische oder tschechische Kronen, 100 schweizerische, belgische und französische Franc, 100 Holländische lire, sowie für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling gezahlt wurden. („Brief“ — angeboten; „Geld“ — geführt.)

Währungen	18. 2.		17. 2.		Stand 1. 8. 14
	Geld	Brief	Geld	Brief	
Holland	Guldb.	7802,10	7907,90	7582,40	7597,60
Dänemark	Kron.	4325,65	4334,85	4225,75	4234,25
Schweden	Kron.	5525,65	5540,55	5354,80	5355,40
Norwegen	Kron.	3598,40	3608,80	3481,50	3485,50
Schweiz	Franc	4005,90	4104,10	4005,95	4014,05
Amerika	Doll.	203,29	209,71	204,29	204,71
England	£	912,05	913,95	888,80	888,40
Frankreich	Franc	1855,10	1858,90	1793,20	1796,30
Belgien	Franc	1763,20	1766,80	1693,30	1701,70
Italien	Lire	1021,45	1023,55	992,00	994,00
ÖL. Österreich	Kron.	5,48	5,52	5,58	5,62
Ungarn	Kron.	32,58	32,64	31,24	31,25
Tschechien	Kron.	396,60	397,40	382,60	383,40

Berlin, 18. Februar. (Stand der polnischen Mark) Polenmark an der heutigen Börse mit 6,00 Pf. bewertet.

* Billige Kartoffeln für Minderbemittelte in Bayern. Das bayrische Landwirtschaftsministerium hat dem Landtage eine Vorlage auf Bewilligung von 26 Millionen Mark zu geben lassen zur verbilligten Abgabe von Kartoffeln an die minderbemittelte Bevölkerung.

* Polnische Wirtschaft auf der Weichsel. Seit der Übergabe der Verwaltung des größten Teils der für Danzig in Betracht kommenden Wasserstraßen an Polen ist die Bedeutung des Gewerbelebensverkehrs im Verhältnis zum Verkehrszeitverkehr von 52 Prozent in der Vorkriegszeit auf 5 Prozent, d. h. noch etwas weniger als den zehnten Teil zurückgegangen. Als Gesamtergebnis der nunmehr dreijährigen polnischen Verwaltung der Weichsel und der mit ihr in Verbindung stehenden Wasserstraßen muß verhakt werden, daß die Verwildertuna der Weichsel heute

„... wer hat mit uns, wer hat mit Hilda geworben gehabt? Niemand! Wer die Schuld hat, der soll sie tragen!“

Die Baronin von Bergbau stand mühsam auf.

„Wir haben getan, was wir für das Rechte hielten,“ jagte sie laut und fest, „ich kann nichts bereuen, die Geschichte der Menschen lenken nicht wir, sondern ein höherer. Er hat entschieden!“

Eine ungäliche Bitterkeit quoll in Erich empor, als sie nun an ihm vorüberstritt, aufrecht, mit unbewegtem Antlitz. Sie neigte kurz den Kopf gegen die Anwesenden.

„Meine Mission ist vermutlich hier zu Ende. Gute Nacht!“

„Frau Baronin,“ sagte Ullmingen, röchelnd vorstretend; bedenken Sie doch, wie wissen nichts Bestimmtes! Mein Neffe hat jenes unglückselige Mädchen doch nur so ganz flüchtig gesehen.“

„Ich nehme aber an, daß es Hilda war — bis — bis ich das bestimmte Gegenteil erfahren,“ sagte die alte Frau stotternig. „Und das Gegenteil dürfte sich eben schwer erweisen lassen. Wie viele verschlingt die Donau, und sie kommen nie wieder ans Land! Es kann auch hier so sein.“

durch die neu entzogenen Ueberwirkungen und Sandhände, die sogar Höhe erst nach Monaten, ja sogar Jahre langer Reise das Endziel Danzig erreichen lassen, geradezu als phantastisch und kaum glaublich bezeichnet werden muß.

* Deutsche Ausfuhr nach Japan. Ein japanischer Bankier erklärte in Berlin einem Pressevertreter, die wirtschaftliche Krise, die Japan nach dem Wasserschlund lange Zeit durchgemacht hat, sei ziemlich überwunden. Japan werde immer zu einem großen Teile auf die Einfuhr aus anderen Ländern angewiesen sein. Zu diesen gehören auch Deutschland, dessen Einfuhr nach dem Kriege sich schon wesentlich gehoben hat. Allerdings steht noch als Basis zwischen beiden Ländern ein vollgültiger Handelsvertrag. Besonders auf dem Gebiete der Elektrizität habe Deutschland gute Exportaussichten nach Japan. Mit seinen billigen Preisen werde Deutschland trotz der fehlenden eigenen Handelslücke immer in Japan konkurrenzfähig sein, besonders wenn die Waren auf der Höhe ihrer früher weltbekannten Güte gehalten werden.

Der unpünktliche Mond.

Der Mond läuft schneller als er darf.

Mit unserem alten Freunde und Begleiter, dem Mond, ist irgend etwas nicht in Ordnung. Die Astronomen wissen zwar auf Grund ihrer Tabellen von allen möglichen Sternen mit leichter Mühe den Ort am Himmel festzustellen, wie wir einen Punkt auf der Erde nach Länge und Breite bestimmen, und das ist für Seefahrer, Forschungsreisende usw. von größter Wichtigkeit. Aber beim Mond kommen fortwährend Irrtümer vor. Das zeigt sich besonders bei Sternbedeckungen, d. h., wenn der Mond über irgend einen Beta oder Pi in der Jungfrau oder den Zwillingen hinwegtrifft, oder bei Mondfinsternissen, wenn der Mond pünktlich zur Sekunde in den Erdschatten treten soll. Dann knapp es nicht ganz genau.

Unsere deutschen Astronomen haben sich zu dem Fall noch nicht geäußert. Archibald, von der Sternwarte Berlin-Treptow, sagt nur kurz: Es ist beobachtet worden, daß der Querschnitt des Kerns der Erde bei der Mondfinsternis größer ist als er nach der Rechnung sein sollte; deshalb beginnt jede Mondfinsternis um einige Sekunden früher und endet auch später. Woran liegt aber diese sonderbare Vergrößerung des Erdkerns? Ernsthafter nehmen die Amerikaner das Problem. Amerika hat jetzt die Weltbeherrschung angetreten und kann es nicht lassen, daß der Mond nicht parieren will. Die Amerikaner haben auch ein besonderes Interesse daran, weil erst im Jahre 1919 die drei Bände der neuen Mondberechnungen von Professor Brown (Yale-Universität) erschienen sind, die alles Ältere in den Schatten stellen. Die alten hanfensischen Taschen sind überholt. Aber der Mond tut, was er will. Es scheint, als ob er in seiner Bahn eine Beschleunigung erfahren hätte.

Freilich, der Beitrag, um den es nicht stimmt, ist klein, man möchte sagen unbedeutend. Stellen wir uns vor, sagt die Astronomin Isabella Bewiss zu Washington, wir hätten zwei Monde am Himmel, einen da, wo er wirklich steht, und einen da, wo er nach der Rechnung stehen soll. Sie würden uns mit bloßem Auge als ein einziger Mond erscheinen, nur daß der Umriß etwas unscharf wäre. Die beiden Mittelpunkte würden nur etwa zwanzig Kilometer voneinander abstehen, und eine solche Verschiebung ändert auch auf der Erde den Eintritt einer Mondfinsternis um zehn oder zwanzig Sekunden — nicht viel, aber wir rechnen auf Zehntelsekunden genau!

Es muß da etwas sein, was den Gang des Mondes beschleunigt hat. Aber was? Solche Störungen haben manchmal die merkwürdigsten Auswirkungen gegeben. Als es mit dem Planeten Uranus nicht stimmte, entdeckte man mit Hilfe der Störungen bekanntlich den Neptun. Auch aus den Störungen des Neptun hat man schon einen noch ferneren Planeten erreckt, den noch keiner gesehen hat, den vielleicht niemals ein Mensch erblicken wird. Als die Jupiter-Monde nicht zur Berechnung stimmten, erfolgte 1675 die Entdeckung der Lichtgeschwindigkeit. Als Bradley Änderungen der Lage einiger Sterne bemerkte, wurden die Schwanungen unserer Erdachse bekannt. Der amerikanische Professor See auf einer Marinesternwarte am Stillen Ozean beruft an elektro-magnetische Ströme, die zwischen Sonne und Mond spielen, aber ausgehen werden, wenn die Erde dazwischentritt. Da so etwas alle Jahre ein- bis zweimal vorkommt, können die Wirkungen sich summieren. Ein anderer meint, daß die meteorettischen Körper, denen der Mond ebenso begegnet wie die Erde (Sternschnuppen u. dgl.), die Masse und die Geschwindigkeit des Mondes vermehren; es ist nur schwer zu begreifen, warum ein Körper schneller laufen soll, wenn er schwerer wird. Andere hoffen, daß vielleicht Einstein mit seiner Relativität diese Sache klären wird, wie es ihm bei einigen Erscheinungen am Merkur bereits gelungen sein soll. Aber wenn es einmal relativ sein soll, wer weiß, ob dann nicht der Mond ganz in Ordnung läuft, die Störung vielmehr mit unserer Erde vorgeht?

E. G.

Ein neuer Kronprinzenbrief.

„Die altpreußischen Grundgedanken.“

In einem Berliner Blatte werden zwei Sätze eines neuen Briefes wiedergegeben, den der fröhliche Kronprinz unter dem 4. Februar an den ehemaligen Nachrichtenoffizier der O. P.-L. beim Oberkommando der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz, Major Kurt Anter, gerichtet hat. Der Kronprinz schreibt darin u. a. folgendes:

„Die Menschen, die nur am Alien lieben und nicht verstehen, daß jede Zeit ihr eigenes Gesicht trägt, die werden vom Rade der Geschichte überzeugt werden. Aber keinesfalls dürfen die Deutschen darüber versäumen, die ewig gültigen und unveränderlichen Grundgedanken, die vordäglich dem alten Preußen eigen waren, auch in den neuen deutschen Van wieder hineinzubringen: Pflichtgefühl, Ehrlichkeit, Sparsamkeit, Disziplin, nationales Selbstbewußtsein . . .“

Die neueste Meldungen.

Weitere Heraussetzung der Judenpreise?

Berlin. Wie aus einer Reichsbürganstage hervorgeht, besteht sich die Judenturmwirtschaft wieder mit einer weiteren Erhöhung der Judenpreise, welche 1,50 Mark pro Pfund betragen soll. Dieser Preis würde eine Steigerung von 100 Prozent gegenüber dem November- und Dezember-Preis von 1921 bedeuten.

Auch eine Wiedergutmachung.

Koblenz. Bekanntlich waren Ende vorigen Jahres vom Kriegsgericht Nach einer Anzahl früherer Offiziere des Regiments Bogel von Haldenstein wegen angeblicher Teilnahme an einer Revolte gegen den Kaiser zu schweren Gefängnis- und hohen Geldstrafen verurteilt worden. Nunmehr sind sämtliche zwanzig Verurteilten auf Grund eines Gnadenbesuches, den durch den Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete dem belasteten Oberkommissar überreicht

worden war, mit Wirkung vom 20. Januar od aus dem Gefängnis entlassen und begnadigt worden.

Der „Schuh“ der Minderheiten.

Danzig. Alle staatlichen Volksschullehrer deutscher Nationalität, die für Deutschland optiert haben, sind im Bezirk der Schulverwaltung von Pommerellen mit dem 31. Januar entlassen worden. In Polen scheint man in gleicher Weise vorgegangen zu sein. Diese Maßregel bedeutet eine schwere Beunruhigung der deutschen Bevölkerung im ehemals preußischen Groß des polnischen Staates.

Versteigerung deutscher Kamerun-Pflanzungen.

London. Im Laufe des Sommers findet in London eine Versteigerung von Pflanzungen, Konzessionen, Fabriken und sonstigem Vieh in dem Teil des vormaligen Deutsch-Kamerun statt, der nach dem Feldzug 1914/17 Großbritannien übergeben wurde. Unter diesen Ländern befinden sich einige der höchst entwickelten und fruchtbarsten in Westafrika. Es handelt sich in der Hauptsache um Kautschuk, Kasse, Kakao, Bananen- und Palmpflanzungen.

Die neuesten Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Ein griechisch-französischer Zwischenfall.

Paris, 20. Februar. (nu.) Die Ausbringung eines französischen Dampfers an der Küste von Sicilia (Mittelmeer) durch die Griechen hat einen diplomatischen Zwischenfall zwischen Frankreich und Griechenland geschaffen. Nach Meldungen der griechischen Presse soll die Ladung des Dampfers aus Kohlen und Munition für die türkischen Streitkräfte bestanden haben, dagegen wird von französischer Seite behauptet, daß der Dampfer lediglich Kohlen geladen habe, die für die Eisenbahnlinie Anatolien-Marmara bestimmt waren. Die französische Regierung stellt sich außerdem auf den Standpunkt, da Frankreich die beiden Parteien nicht als kriegsführend anerkannt habe, könnte ihnen gegenüber die Bestimmungen über Kontenverbände nicht angewandt werden.

Aus Stadt und Land.

Wilsdruff. Wegen der Nähe Wilsdruffs nahmen wir keinen Kontakt auf.

Wilsdruff, am 20. Februar.

— Wieder normaler Zugverkehr. Nachdem sich die Verhältnisse andauernd gebessert haben, ist von heute Montag ab der Zugverkehr wieder bedeutend erweitert worden. Auf dem größten Teil der Linien wird der Zugverkehr wie vor dem Streik mit den Einschränkungen von Ende Dezember durchgeführt. Nur auf einzelnen Linien müssen für die nächste Zeit noch einige Beschränkungen bestehen bleiben; u. a. fällt der für unsere Leser wichtige Zug aus der Linie Dresden-Döbeln-Leipzig noch aus, der vorm. 9.06 Nossen in der Richtung Leipzig verläßt. Auf der Linie Dresden-Reichenbach fassen weiter nur noch folgende Züge aus: Ab Dresden Ost. vorm. 7.15 (Schnellzug) nach Plauen; ab Dresden Ost. vorm. 9.10 nach Chemnitz; ab Reichenbach o. B. vorm. 11.47 nach Dresden; ab Plauen o. B. abends 7.30 nach Dresden Ost.

— Der für die hiesigen Bewohner wichtige Abendzug ab Dresden 10.55, der den Anschluß an den letzten Zug nach Wilsdruff vermittelte, verkehrt also ab heute wieder, desgleichen hat der Sonntagzug ab Wilsdruff 9.11 vorm. in Polenschappel wieder Anschluß noch Dresden. — (Hoffentlich kommt recht bald auch der Güterverkehr wieder in geregelte Bahnen. Wir warten z. B. auf zwei Bällen dringend benötigtes Zeitungspapier, die heute vor 8 Tagen in Dresden als Ersatzlauf ausgegeben wurden und heute noch nicht bis nach Wilsdruff gelangt sind.)

— Eine Lebensmittelpende aus Amerika wurde

dieser Tage dem hiesigen Kinderhort übergeben.

Die Herren Pinkert und Scheudert in Ransau machen wie schon

oft den Kindern des Horts ihrer Vaterstadt mit der Sendung von 140 Pf. Weizenmehl und 50 Pf. Fett eine große Freude. Der herzliche Dank dafür wird den edlen Spendern auch an dieser Stelle zum Ausdruck gebracht.

— An unsere Herren Berichterstatter! Die in der letzten Nummer unseres Blattes enthaltene aus einer auswärtigen Zeitung übernommene Notiz, wonach auch mit der Maschine oder handschriftlich geschriebene für Zeitungsabdruck bestimmte Berichte als Drucksache für 50 Pf. mit der Aufschrift Zeitungsartikel verhandelt werden können, beruht, wie uns mitgeteilt wird, auf einem Irrtum. Auch Zeitungsartikel (handschriftliche oder mit der Maschine geschrieben) müssen nach der Briefporto taxe frankiert werden.

— Rückkehr der Zugvögel. Von Rute dieses Monats

ab fehlen nach und nach die Zugvögel zu uns zurück, zuerst die Lerchen und Stare, dann wilde Tauben, Bachstelzen usw.

Es ist deshalb angebracht, bald nach den Ristflächen

zu sehen, sie auszubessern und zu reinigen, damit die kleinen gefiederten Gäste alles zu ihrem Empfang bereitfinden. Sie lieben die kleinen Ausslagen und Mühlens aufzuhacken. Bei Anfertigung neuer Rästen beobachte man, diese so natürlich wie möglich zu machen. Am besten benutze man starke Baumrinde zu ihrer Herstellung oder verkleide die Rästen wenigstens mit solcher. Bieraten anzubringen, ist nicht gut gelan.

— Zeugen gesucht! Am 15. August 1920 ist, wie

noch erinnerlich sein dürfte, der Gutsbesitzer Albert Kaiser auf Oberpeißnitzer Flur von dem Gladtmacher Hädnig,

der beim Felddiebstahl überrascht war, erschossen worden.

Hädnig ist der Tat geständig. Zur völzigen Aufklärung

des Sachverhalts ist jedoch noch die Vernehmung derjenigen beiden Männer, die bei dem Vorfall zugegen waren, erforderlich. Diese werden gebeten, sich bei der Staatsanwaltschaft Dresden, Staatsanwalt Raumann, als Zeugen

schriftlich oder mündlich zu melden. Eine Strafverfolgung

haben sie nicht zu fürchten, da der von ihnen begangene

Felddiebstahl verjährt ist, und ihre Beteiligung an der

Erschöpfung Kaisers nicht in Frage kommt.

— Ein Ehrenmal für die sächsische Train-Abteilung

Nr. 19. Zu ehrendem Gedächtnis aller im Weltkriege

Gefallenen der ehem. 2. sächs. Train-Abteilung Nr. 19 und

der von ihr aufgestellten Formationen, wie Munitions-, Nahkampfmittel- und Versiegels-Kolonnen, Befestigungs-

Abteilungen für Fuß-Artillerie, Minenwerfer, Brückentrains,

Festabzugs- und Scheinwerfer, Sanitätskompanien, Feld-

und Pferdelazarette und Pferdedepots soll in dem früheren

Standort Leipzig ein Denkmal am Fuße des Völkerschlachtdenkmales errichtet werden. Für die Einweihung des

Ehrenmales, verbunden mit einer Wiederehrenfeier, ist

Sonntag der 11. Juni 1922 in Aussicht genommen. So weit die Adressen der Kameraden zu beschaffen waren, ist an solche ein entsprechender Aufruf mit Zahlkarte schon gesandt worden. Wer noch keinen erhalten habe, verlange einen solchen Aufruf vom Vorsitzenden G. Bräsel in Leipzig, Bayrische Straße 95, der auch gern jede Auskunft erteilt.

— Die Ausfuhr von Gegenständen des täglichen Bedarfs, zu denen insbesondere Kleidungsstücke und Wäsche gehören, ist abgesehen von den sonst bestehenden Ausfuhrverboten, für den Reiseverkehr besonders verboten; ausgenommen von dem Verbot sind derartige gebrauchte Gegenstände, die zum persönlichen Gebrauch oder Verbrauch oder zur Ausübung des Berufs während der Reise mitgeführt werden oder die bei der Einreise aus dem Auslande eingeführt worden sind. Die Poststellen sind an gewiesen, die Reisenden und das Gepäck in unregelmäßigen Zeitabschnitten hin und wieder einer ganz gründlichen Nachsuche zu unterwerfen. Diese Prüfungen haben zu zahlreichen Beanstandungen geführt, obgleich vielfach versucht worden ist, die Entdeckung durch die gewählte Verpackung oder durch das Unterpaket unter die Kleidung usw. zu erschweren. Die regelmäßige Strafe für das Unternehmen der verbotswidrigen Ausfuhr von Waren ist Gefängnis nicht unter einem Monat, neben dieser Strafe ist auf sehr empfindliche Geldstrafen zu erkennen.

— 200% Dividende! Die A.G. für Geigenindustrie in Marktneulich, die gegenwärtig mit 0,2 Millionen Mark arbeitete und für 1920 75% Dividende vereilt hat, schlägt Ausgabe von 0,4 Millionen Mark Gratisaktien vor; also eine Ausschüttung von 200%.

— Grumbach. Die hiesige Kirche wird innerlich erneuert. Der Umbau beginnt bereits Montag, den 20. Februar. Demzufolge macht sich allerhand Veränderung im gottesdienstlichen Leben während des immethin mehrere Wochen, während Umbaus nötig. In dankenswerter Weise hat der Kirchenvorstand von Wilsdruff der Nachbargemeinde Gastfreundschaft gewährt, so daß unsere Gemeindemitglieder allsonnliglich die Wilsdruffer Hauptgottesdienste besuchen können. Die Pfarrer der beiden Gemeinden werden sich während dieser Zeit in der Abhaltung der Gottesdienste abwechseln. Die Passionsgottesdienste mit anschließender Abendmahlfeier werden, vorausgesetzt, daß die Schulräume dazu zur Verfügung stehen, vom 2. März ab jeden Donnerstag in der hiesigen Schule abgehalten werden. Taufen werden in der Pfarrkirche gehalten. Es wird sich empfehlen, daß die Gemeindemitglieder während der Zeit des Umbaus die Kirchennachrichten recht genau studieren. Der nächste Tauffsonntag, an dem die gebührenfreien Taufen stattfinden, ist der 5. März. Die Gemeindemitglieder werden gut tun, etwa in der Kirche befindliche Fußunterlagen oder Sigillen oder Gesangbücher oder Erinnerungskränze sofort hinzuholen, damit nichts verloren geht. Die Schleifen der Kränze können nach der Erneuerung wieder in der Kirche aufgehängt werden.

— Dresden. Die Frage, was mit dem Schloss werden soll, scheint nunmehr gelöst zu sein. Die demnächst bevorstehenden Auseinandersetzungen zwischen Staatsfiskus und ehemaligem Königshaus werden die Zukunft des Schlosses entscheiden. Die Regierung will die für Wohnzwecke ungeeigneten großen Repräsentationsräume in ihrem bisherigen Zustand lassen und sie mit ihren Kunstd- und historischen Schätzen gegen Eintrittsgeld der Öffentlichkeit zugänglich machen. Zugleich will man die bisher in dem Nebengebäude untergebrachte und leider in ihrem hohen kulturellen Wert nicht allgemein bekannte staatl. Vorlesungsammlung teilweise in die an die Präsentationsräume angrenzenden Räume des Schlosses verlegen. Ebenfalls wird das Wilsdruffer Schloss mit seinen reichen Kunstschatzen gegen Entgelt der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden.

— Chemnitz. Ein tragischer Unfall ereignete sich am Donnerstag vormittag auf dem Kappler Kohlenbahnhof. Der daselbst tätige, achtkundzwanzig Jahre alte Rangierer Fritz Kluge, in Wüstensbrand wohnhaft, geriet beim Ankippen der Eisenbahnwagen zwischen die Puffer und erlitt dadurch schwere innere Verletzungen. Auf dem Transport nach dem Stadtkrankenhaus ist der Unglückliche gestorben.

— Hollenstein. Was Geldschränke jetzt kosten, das zeigt die letzte Stadtverordnetenversammlung. Für unsere Sparkasse muß ein solcher neuer Schrank j. g. angekauft werden, für den bereits 26000 Mark bewilligt waren. Jetzt mußte das Kollegium noch eine Nachbewilligung in Höhe von 10 v. H. also mit 2600 Mark, aussprechen, was auch geschah. Dafür hatte man früher schon ein ganz nettes Häuschen!

— Plauen i. B. Eine folgenschwere Burgerei leisteten sich hier zwei junge Burschen, indem der eine den anderen in eine Schauspielertheke von Deils Hotel warf und diese zertrümmerte. Wert: 2000 Mk. Der unvorsichtige Bursche wurde ermittelt.

— Döbeln. Die selbstverschuldeten Entschuldigung. Ein kleiner Knirps schlägt in die Schule; am folgenden Tage brachte er eine von ihm selbstverschuldeten Entschuldigung, die zwar nicht orthographisch richtig, aber inhaltlich klar ist. Sie lautet: meine Mutter ist nach Kolen k. Jahren und die hat zu mir k. sagt ich komme Witer und die hat mich nein k. Schert und die kam nicht Witer da warz, 12 da kamst Witer.

— Roßlau. Eine schwere Bluttat hat sich am Freitag abend im benachbarten Witten ereignet. Dort wurde in der neunten Stunde die Frau des Maschinenhändlers Lehmann auf dem Hofe von zwei Männern überfallen und durch Revolverschläge lebensgefährlich verletzt. Der auf Hilferufe herbeieilende Chemnitzer wurde erschossen. Die Täter entkamen in der Dunkelheit.

— Leipzig. Um das städtische Defizit von 65 Millionen Mark zu decken, hatte der Rat der Stadt eine Erhöhung der Gewerbesteuer um 100 Prozent beantragt, das Stadtverordnetenkollegium brüllte aber mit großer Mehrheit nur 50 Prozent, obwohl Oberbürgermeister Dr. Rothe wiederholte mit aller Bestimmtheit erklärt hatte, daß für die Beseitigung des enormen Fehlbetrags keine andere Möglichkeit bleibe, als die Annahme der Ratsvorlage.

Die Welt liebt angenehme Menschen.

Benn wir eine Darstellung über die Entwicklung der guten Eigenschaften der Menschengeschlechter geben wollten, so würden wir diese Überschrift als Thema wählen und die folgenden Zitate — nach einer Zusammenstellung von Adolat Sterling (Ky.) — als Leitgedanken dazu nehmen:

1. Lerne lachen! Ein gutes Lachen ist besser als Medizin.

2. Lerne Geschichten erzählen! Eine gute Geschichte, freundlich und gut erzählt, ist ebenso willkommen wie der Sonnenstrahl in einer dunklen Kommer.

3. Gewöhne Dir das Unken ab! Wenn Du in der Welt nichts Gutes sehen kannst, dann behalte das Unheil wenigstens für dich.

4. Verbirg Deine Schmerzen und Sorgen unter freundlichem Lächeln! Es braucht niemand zu wissen, ob Du Kopfschmerzen oder Rheumatismus hast.

5. Begegne Deinen Freunden freundlich! Gutgelaunte Menschen sind überall willkommen. Gallige Dinge sind nirgends gern gesehen.

6. Vor allen Dingen: Verbreite Freude! Versäume keine Gelegenheit, anderen ein Vergnügen zu machen.

7. Du lebst nur einmal in dieser Welt! Darum tußt Du besser, alles Gute, was Du tun kannst, alle Freundschaft, die Du irgend einem menschlichen Wesen erweisen kannst, so gleich anzubringen, anstatt damit zu warten oder es gar zu verfäumen. (Tabakrundschau).

Eingesandt.

Um diese Ruhelik übernehmen wir nun die preisgeehrte Verantwortung.

Nachlänge zur „Befolgsreform“ der Gemeindebeamten.

Die gemeinschaftliche Sitzung des Rats und der Stadtverordneten am vergangenen Donnerstag, die sich hauptsächlich mit der Befolgsreform der Gemeindebeamten befasste, ist dahin. Hoffentlich sind aber die Worte des Herrn, der mein „Befolgsreform“-Eingesandt als das geistig ärmste Produkt eines Arbeitnehmers und die Angaben als unrichtig bezeichnete, nicht irgendwo im Saal hängen geblieben. So konnte nur jemand mit ausgeprägtem Egoismus und größter Gehörsamkeit sprechen. Meine Ausführungen sind im Gegenteil aus allen Kreisen der Bürgerschaft auf ihre vollständige Richtigkeit anerkannt worden. Es ist ferner zu bemerken, daß Reich und Münzung in unseren Reihen nicht herrschen; wir verlangen nur die gerechte Einstufung der Gemeindebeamten allen Gruppen der Postbeamten gegenüber. Wenn wir auch nicht ganz genau wissen, was dieser oder jener Gemeindebeamte zu leisten hat, sind wir aber auch nicht ganz auf den Kopf gefallen, daß wir, so oft wir bei städtischen Verwaltungen zu tun hatten, nicht unsere Beobachtungen gemacht hätten. Höberstufungen haben bei den Reichsbeamten keine begonnen, vielmehr wird bei der Post im Gegenzug zu den Gemeindeverwaltungen nach unten zu abgebaut, eine Maßnahme übrigens, die sich in den finanziellen Not des deutschen Volkes — jedermann müßte das eigentlich einsehen — auch bei den Gemeindeverwaltungen recht sehr empfehlen würde. Das Sperrgesetz kommt für die Reichsbehörden deshalb gar nicht in Frage. Anzuverlennen ist, daß auch die Vertreter der Sozialdemokratie einige Überstufungen in der fraglichen Befolgsreform herausgefunden haben. Also:

Ob die angenommene Vorlage zur Befolgsreform das Allgemeinwohl fördert oder nicht, mag dahingestellt bleiben. Eins aber steht fest: Das durch die Annahme insbesondere allen Gruppen der Postbeamten angebrachte Unrecht können sie nicht ohne weiteres hinnehmen, es sei denn, daß sie kein Hünschen Ehre mehr im Leibe hätten. Wie es nun auch sei, wir Postbeamten werden sehr die Wege einschlagen, die uns offen stehen, damit eine gerechte Anlehnung der Gemeinde an die Reichsbefolgsordnung erfolgt, wie es das Reich nach dem Sperrgesetz verlangt. Richard Edert, Postsekretär.

Umlagegetreide und Brotpreis.

In einem Eingesandt in der Nummer vom 15. d. M., gezeichnet mit „Rode, Grumbach“, ist eine gegenwärtig aktuelle Frage aufgeworfen worden. Es sei mir gestattet, dieselbe von meinem Standpunkte aus zu beantworten.

Worin liegt der Grund zur Erhöhung des Brotpreises?

Herr Rode fühlt sich enttäuscht, daß entgegen früheren Meldungen für die Verpflegung mit verbilligtem Brotpreis nicht gesorgt sei. Diese Annahme beruht auf einem Irrtum. Da ich glaube sagen zu dürfen, daß sich das ganze Eingesandt fast nur aus Irrtümern zusammensetzt. Eines will ich aber gern unterstreichen: Die Ursache der abergärtigen Brotpreiserhöhung liegt nicht bei der Landwirtschaft, sie liegt gleich gar nicht bei der sächsischen Landwirtschaft.

Stellen wir wahrheitsgemäß fest: Bis mit Ablauf des Erntejahrs 1920 waren die Landwirte verpflichtet, ihr gesamtes erbautes Getreide dem Reiche zur Verfügung zu stellen. Eine Reihe von Gründen haben den Reichstag bewogen, für die Ernte 1921 nur eine Umlage an Getreide zu festem Preise einzuführen, wohingegen der Rest zur freien Verpflegung belassen wurde. Nicht ganz ohne Einfluss auf die Stellungnahme einzelner Parteien war hierbei wohl die Argumentation, daß die Landwirtschaft ja in diesem Jahre mehr Getreide angebaut habe, mit dem Umlageverschluß aber kein Risiko eingegangen werde. Tatsächlich sind auch — gem. „Wirtschaft und Statistik“ 2. Jahrg. Nr. 1 — 1921 2½ Millionen Tonnen Weizen und Roggen mehr gegenüber dem Vorjahr geerntet worden. Nun aber kommt ich zu der volkswirtschaftlich so eminent schädlichen Seite des fraglichen Reichstagsbeschlusses. Entgegen dem Antrag des Reichs-Ernährungsministers, ein Umlagesoll in Höhe von 3½ Millionen Tonnen zu beschließen, forderte die Mehrheit des Reichstages nur 2½ Mill. Tonnen. Die Sozialdemokratie hat sich mit aller Schärfe und Entschiedenheit gegen diesen Antrag, durch den nur ¼ der Ernte ersetzt werden sollte, ausgesprochen und verlangte ein Soll von 4½ Millionen Tonnen — die Menge, die zur Belieferung der Verbraucher erforderlich ist. Leider, leider fand sich die bürgerliche Mehrheit des Reichstages dazu nicht bereit.

Das Reich mußte nun die fehlenden 2 Mill. Tonnen anderweit beschaffen. Ein Erfordernis, das bei der heutigen Valuta die Kleinigkeit von etwa 20 Milliarden Mark Zusatzbedarf. Dagegen kostet der oben erwähnte Reichstagsbeschluß den deutschen Steuerzahler bis zum 31. 3. d. J. etwa 27 Milliarden Mark, da ja auch noch ein Verbilligungszuschuß, um den Durchschnitts-Gestehungspreis für Getreide zu senken, in Rechnung zu stellen ist. Der Zuschuß mußte eine solche Höhe erreichen, denn der weitaus größte Teil des Besatzes mußte im Ausland aufgekauft werden, wollte nicht die Regierung von sich aus durch höhere Einfüsse den Inlandspreis in die Höhe treiben. Ganz abgesehen davon, daß ja z. B. im September

vor Jahres das Inlandsgetreide über dem Weltmarktpreis notierte.

Um wieviel schlechter wäre es wohl den Konsumenten eingangen, wenn Rode u. Gen. Ihr gesamtes Getreide frei verkaufen könnten? Wir hätten dann sicher diejenigen unerträglichen Zustände gebaut, wie hinsichtlich der diesjährigen Kartoffelversorgung. Aber auch die Landwirte selbst hätten durchaus nicht den Nutzen im vollen Umfang für sich einstreichen können, wie es Herr Rode annimmt. Denn dann wäre doch die Gelbentwertung rascher vor sich gegangen, was sich logischerweise auch der Landwirtschaft bei ihren erforderlichen Räumen (Düngemittel usw.) unangenehm bemerkbar gemacht haben würde. — Dies zur Umlage selbst und zu der von Herrn Rode aufgemachten Rechnung. Meinewegen auch als ein Teil meiner Ansicht über den erfolgten Abbau der Lebensmittelpreise durch die Landwirte.

Rum zur neuerdings erforderlich gewesenen Brotpreiserhöhung. Ich will gleich im voraus bemerken, daß es mir noch nicht ganz klar ist, mit welcher Begründung jeder Bädermeister einen gleich hohen Zuschlag in seine Tasche stecken darf. Doch — das fällt ja nicht so轻易 ins Gewicht. — Von der steten Aufmerksamkeit, die uns die Entente — ohne Gegenleistung sogar — widmet und auf diese des steten Falles im Reichsädel muß der bisher gewohnte Zuschuß für das Brot ab 1. 4. verringert (nicht aufgehoben!) Herr Rode werden. Gemäß Beschluss des Reichskabinetts hat demzufolge eine Erhöhung bis zu 75% des bisherigen Brotpreises zu erfolgen. Dessen ungeachtet verbilligt das Reich die Brotversorgung auch für die künftige Zeit um weitere 10,5 Milliarden Mark. Ohne die Erhöhung des Brotpreises würde die erforderliche Zuschußsumme jedoch noch einen weit höheren Betrag — etwa 13,5 Milliarden Mark — erfordern. Der Gesamtbetrag, den vom Reiche pro Kopf der Bevölkerung zur Verbilligung des Brotes übernommen ist, beläuft sich auf rund 212 Mark pro Kopf der Bevölkerung.

Ich lasse meine Meinung dahin zusammen: Nicht die Landwirtschaft, wohl aber die bürgerliche Reichstagsmehrheit unter Führung politisierender preußischer Landwirte trifft ein sehr großer Teil der Schulden an der Brotpreiserhöhung, die sich noch weiter auswirken wird. Curt Schumann, Wilsdruff.

— Rossener Produktenbörse am 17. Febr. 1922. Weizen 490—500, Roggen 375—385, Braugerste 370—400, Wintergerste 260—270, Hafer 340—350, Weizenmehl 70% 700, Roggenmehl 75% 540, Roggenmehl 85% 515, Buttermehl II 280, Roggenkleie 270, Weizenkleie 270, Maiskörner 375—380, Maiskroß 390—400, Heu 90—110, Preßstroh 30—35, Gebundestroh 25—28, Speisefarotteln 70—80 Mark die 50 kg. — Rossener Wochenmarktbericht vom 17. Febr. 1922. Frische Landbutter 1½ Pf. Stück 22—24 Mark, frische Landbutter Et. 3 Mark. — Meinhner Marktpreise am 18. Febr. 1922. Aepfel Pf. 3.00—4.50, Grünkohl Pf. 4.00, Kohlrabi Pf. 3.00, Möhren Pf. 2.00, Weißkraut Pf. 3.50, Rötskraut Pf. 6.00, Sellerie Pf. 2.50—3.00, Zwiebeln Pf. 3.50, Butter Stück 25.00, Eier Stück 3.80—4.00, Quark Pf. 5.00, Zitronen Stück 1.30 bis 1.50 Mark. — Getreidepreise am 18. Febr. 1922. Weizen 490 bis 500, Roggen 370—375, Sommergerste 380—390, Hafer 340—350, Raps, trocken 750, Mais 390—400, Bienen 530 bis 550, Rottlee, alter 1800—2400, Rottlee, neuer 3000—3600, Trockenknödel 280, Biesenbrot, Jäckl 160, Butterstroh 50—55, Streustroh 45—50, Kleie 275, Kartoffeln 120—125 Mark p. Ette. Stimmung: Fest. Die Preise sind Verkaufspreise, die von dem Konsumenten an den Verkäufer zu zahlen sind.

Sonnabend den 18. Februar mittags 12 Uhr verschafft sanft nach jahrelangem Leiden unsere liebe Tochter, Schwester, Schwägerin und Nichte

Anna Clara Herrmann
in ihrem 30. Lebensjahr.

Wilsdruff, am 20. Februar 1922.

In tiefer Trauer
Familie Robert Herrmann.

Die Beerdigung findet Mittwoch den 22. Februar nachm. 3 Uhr vom Trauerhaus aus statt.

Am 18. Februar verschied nach langem, schwerem Leiden unsere herzensgute Mutter, Schwieger-, Groß- und Urgroßmutter,
Frau verm. Klara Piezsch

Handarbeitslehrerin aus Grumbach im Alter von 75 Jahren.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Familien Heidrich, Elster, Leipzig-Lindenau
Rößmarktstraße 1a.

Die Beerdigung findet am 21. Februar in Leipzig statt.

Für die zahlreichen wohltuenden Beweise herzlicher Teilnahme und den herrlichen Blumenschmuck beim Heimgang unseres lieben Enkelsohnen

Bruno Haufzner
sagen wir hierdurch unsern
herzlichsten, wärmsten Dank.

Blankenstein, am 17. Februar 1922.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Bekanntmachung.

Den geehrten Herren Landwirten sowie unseren Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis, daß der

Backlohn für Selbstversorger
pro 4-Pfund-Brot 2,20 Mark beträgt.

Bäcker-Zwangs-Innung und Mühlen-Bäckereien.

Homöopath. Verein

zu Wilsdruff.

Morgen Dienstag

abends 8 Uhr

Veranstaltung

„Tonhalle“.

Landw. Buch-

führungsverein

Wilsdruff.

Mittwoch den 22. Februar

nachmittags 3 Uhr

Besprechung

im Gathof zum „Adler“.

Neuanmeldungen müssen in

der Versammlung geschehen.

Der Vorstand.

Ständigen

Abnehmer

für leere Kisten und

Pappkartons sucht

Löwenapotheke Wilsdruff

Sehr tüchtige, ehrliche und

früßige

Kochin,

welche großem Personal vor-

sehen kann, nicht unter

30 Jahren, für 1. April gesucht.

Stadtkrankenhaus

Meissen.

Jeden Mittwoch

Taubenmarkt

im „Goldenen Löwen“

Wilsdruff.

Raupe jeden Posten Schlach-

und Zuchtfügel.

Willy Rauenecker,

Geflügelhandlung,

Fördergersdorf. 1100.

Jetzt ist die günstigste Zeit

die Felle

zu verkaufen!

Dosen-, Raupe, Ziegen-

Fuchs-, Marder-, Iltis- u.

Maulwurfs Felle, Schaf-

wolle und Röhaare kaufen

Fell-Sankaufszentrale

Dresden,

Grunauer Straße 221.

Ein gebrauchter

Rüben-

schnieder

zu verkaufen.

Klein Schönberg Nr. 19.

Kräftiges

Ostermädchen

in die Landwirtschaft gesucht.

Zu erkennen i. d. Geschäft-

Meissen.

stelle d. Bl. unter 2086.

Billige Fische!

Grüne Heringe 3. Bocken. Braten 6.25

Seelachs, große Fische ohne Kopf 5.75

Kabeljau, große Fische ohne Kopf 6.50

solange Vorrat reicht.

Walter Niemann, Rosenstraße.

Heimatmuseum
der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF